WELTWIRTSCHAFT, ÖKOLOGIE & ENTWICKLUNG e.V.

WEED

WORLD ECONOMY, ECOLOGY & DEVELOPMENT Ass.

INFORMATIONS- UND SERVICESTELLE

Berliner Platz 1
D 5300 BONN 1

Tel.: 0228 / 696479
Fax: 0228 / 696470

Die Schuldenkrise des Südens:

Wie können wir wirkungsvoller Einfluß nehmen?

Protokollarischer Bericht über das WEED/TNI-Strategieseminar für deutsche Nichtregierungsorganisationen vom 15. März 1993

Verfasser: Rainer Falk

WEED dankt Misereor und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften für die Unterstützung dieser Initiative.

Bonn, April 1993

Schutzgebühr DM 10,--

Inhalt:

1. **Einführung/Vorbemerkung** 3

2. **Die offizielle deutsche Schuldenpolitik: Welchen Handlungsbedarf gibt es?**
   2.1. Referat von Graf Korff-Schmising 4
   2.2. Diskussion 8

3. **Rückwirkungen der internationalen Schuldenkrise auf den Norden: Perspektiven für neue Strategien und Allianzen**
   3.1. Referat von Susan George 10
   3.2. Diskussion 13

4. **Theoretische und praktische Probleme der politischen Konditionierung von Schuldenerlaß durch Gegenwertfonds: Die Schweizer Erfahrungen**
   4.1. Referat von Alfred Gugler 14
   4.2. Diskussion 18

5. **Abschließende Diskussion über mögliche Handlungsansätze** .. 19

Anhang: TeilnehmerInnen-Liste 24

1. Einführung/Vorbemerkung

Der folgende protokollarische Bericht gibt Referate und Diskussion von einem Strategieseminar wieder, das die Informationsstelle WELTWIRTSCHAFT, ÖKOLOGIE & ENTWICKLUNG (WEED) am 15. März 1993 in Zusammenarbeit mit dem Amsterdamer *Transnational Institute* (TNI) in Bonn veranstaltete. Das Seminar war ein Baustein im Rahmen der Arbeit von WEED zur Schuldenkrise der sog. Dritten Welt, die Anfang 1991 in enger Abstimmung mit der *European Campaign on Debt and Development* (EURODAD) begonnen wurde und in deren Rahmen es zu zahlreichen gemeinsamen Aktivitäten mit deutschen Nichtregierungsorganisationen (NRO) sowie entwicklgungs- und umweltpolitischen Gruppen gekommen ist.[1]

Das Strategieseminar diente u.a. der Vorbereitung eines NRO-Memorandums zur deutschen Schuldenpolitik gegenüber dem Süden, das die Entschuldungsinitiativen deutscher NRO mit Blick auf den Weltwirtschaftsgipfel der sieben großen Industrieländer (G-7) in Tokio (7.-9. Juli 1993) bündeln soll. Darüber hinaus wurde das *Debt-Boomerang*-Projekt des TNI vorgestellt.

Der Bericht folgt im wesentlichen dem Diskussionsverlauf des Seminars. Bei der Zusammenfassung der Referate wurden Tonbandmitschnitte zu Hilfe genommen. Für die Wiedergabe der Inhalte in der vorliegenden Form ist jedoch der Verfasser allein verantwortlich. Sie wurden den ReferentInnen nicht nochmals zur Autorisierung vorgelegt.

---

1 Zu nennen sind hier u.a.:
* WEED-Aktionsbrief 1: Schuldenerleichterungen für die ärmsten Länder, Mai 1991
* WEED-Aktionsbrief 2:
* Informationsbrief-Sonderdienst WELTWIRTSCHAFT & ENTWICKLUNG v. 15. Dezember 1991: Die deutsche Rolle in der Schuldenkrise (gemeinsam mit aej und BDKJ)
* Informationsbrief-Sonderdienst WELTWIRTSCHAFT & ENTWICKLUNG v. 27. April 1992: Ökologie der Schuldenkrise (gemeinsam mit der UNCED-Projektstelle von BUND und DNR)
* Informationsbrief-Sonderdienst WELTWIRTSCHAFT & ENTWICKLUNG v. 19. März 1993: Der deutsche Beitrag zur Verschuldung des Südens (gemeinsam mit aej und BDKJ)
* WEED-Arbeitspapier 1/91: Die Schulden Subsahara-Afrikas bei der Bundesregierung. Bestandsaufnahme und Handlungsbedarf, Verfasser: Thomas Fues, 30 S.
* WEED-Arbeitspapier 1/93: Ökologische und entwicklungspolitische Kritik der Hermesbürgschaften: Anpassungsbedarf für die deutsche Außenwirtschaftspolitik nach Rio (UNCED 92), Verfasser: Thomas Fues, 55 S.
* Die Entwicklung der Schuldenkrise des Südens, der Schuldenpolitik der Bundesregierung und internationaler Finanzinstitutionen beobachtet regelmäßig der monatlich bei WEED erscheinende Informationsbrief WELTWIRTSCHAFT & ENTWICKLUNG.

2. Die offizielle deutsche Schuldenpolitik: Welchen Handlungsbedarf gibt es?

2.1. Referat von *Graf Korff-Schmising*, Bundeswirtschaftsministerium, Leiter der deutschen Delegation im Pariser Club

Graf Korff-Schmising betonte einleitend, daß er seit Ausbruch der Schuldenkrise 1982 als Leiter der deutschen Delegation im Pariser Club Erfahrungen an der "Schuldenfront" habe sammeln können. Er unterstrich, daß die Schuldenkrise auch nach zehn Jahren keineswegs gelöst ist. Allerdings habe das Thema viel von seiner Brisanz und Aktualität verloren. Die Schuldenkrise stelle keine Bedrohung mehr für das internationale Finanz- und Wirtschaftsgefüge dar. Dies sei zum einen auf den relativen Erfolg der Schuldenstrategie zurückzuführen, die von Gläubigerregierungen und -banken sowie auch von den Schuldnerländern selbst verfolgt wurde, zum anderen aber darauf, daß es inzwischen einen ganz neuen Schuldenkontinent (Osteuropa und GUS) gibt, der sowohl von seiner politischen Bedeutung als auch von den finanziellen Implikationen her das Interesse fast ausschließlich auf sich lenkt und mit dem sich der Pariser Club inzwischen fast ausschließlich beschäftigt. Die Schuldenprobleme Osteuropas und der GUS brächten vor allem die Bundesregierung in Bedrängnis, da diese dort der mit Abstand größte Gläubiger ist.

Zur grundsätzlichen Rolle des Pariser Clubs führte der Referent u.a. aus: Während der Pariser Club ausschließlich Kredite verhandle, die die Regierungen selber vergeben haben ("Entwicklungshilfe"/Finanzielle Zusammenarbeit - FZ) oder aber Zahlungsverpflichtungen aus Krediten, für deren Rückzahlung die Bundesregierung Garantien übernommen hat (Handels-, Export- und Lieferantenkredite, v.a. Hermesbürgschaften), sei der Londoner Club ausschließlich für Forderungen der Geschäftsbanken zuständig. Zwischen beiden Clubs gebe es keine finanzielle oder rechtliche Verknüpfung, was informelle Kontakte jedoch nicht ausschließe. Letzteres sei wegen des Prinzips der "Gleichbehandlung" wichtig, wonach beispielsweise vom Pariser Club gewährte Schuldenerleichterungen nicht zur Bedienung von Bankenschulden verwendet werden dürfen.

Zur Strategie der Bundesregierung im Pariser Club: Grundsätzlich ginge man - wie andere Gläubigerländer auch - bei Umschuldungen davon aus, daß die umgeschuldeten Beträge auf der Basis von Marktzinsen verzinst werden, da die für die Entschädigung im Falle von garantierten Krediten erforderlichen Mittel eine Belastung des sich ohnehin defizitären Bundeshaushalts darstellen und die Kre-

ditaufnahme am Kapitalmarkt verstärken. Nun habe man aber festgestellt, daß sich auf diese Weise der Schuldenstand vor allem bei den ärmsten Entwicklungsländern fortlaufend erhöhe, da im Gefolge jeder Umschuldung die aufgelaufenen und nicht bezahlten Zinsen erneut verzinst werden (Konsolidierungs- und Rekonsolidierungszinsen). Deshalb habe die Bundesregierung schon früh nach neuen Wegen gesucht.

Vor diesem Hintergrund wurden auf dem Toronto-Gipfel 1988 konzessionäre (d.h. nicht zu Marktzinsbedingungen vorgenommene) Umschuldungsbedingungen für die ärmsten Länder beschlossen. Diese bestehen darin, daß entweder (Option 1) eine Reduzierung der umgeschuldeten Beträge um 33% akzeptiert wird oder (Option 2) die Zinsen unter das Marktniveau abgesenkt werden oder (Option 3) die umgeschuldeten Beträge über sehr lange Fristen gestreckt werden (z.B. 20 Jahre bei 14 Freijahren), letzteres auf Bitten der US-amerikanischen Regierung, die sich zur Einräumung konzessionärer Umschuldungsbedingungen nicht in der Lage sah. Dies bedeute, daß von 17 Gläubigerländern nur 16 Opfer im Sinne der Reduzierung des Schuldenstands brächten.

In der Praxis lief dies darauf hinaus, daß die von der Weltbank als nicht kreditwürdig eingestuften Länder ("IDA only") im Pariser Club in den Genuß der Toronto-Terms kamen. Seit 1988 wurden 26 Umschuldungsabkommen mit einem Gesamtvolumen von rund 6 Mrd. US-Dollar nach diesen Bedingungen abgeschlossen. Die daraus resultierende Zinsverpflichtung lag bei etwa 20%.

Relativ schnell sei jedoch klar geworden, daß Toronto zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber keineswegs ausreichend war. In der Folge wurde das Toronto-Schema durch die sog. Trinidad-Bedingungen verbessert, die der damalige englische Finanzminister Major in Trinidad vorgeschlagen hatte. Nach diesen Bedingungen wurde der Erlaß-Prozentsatz von 33 auf 50% angehoben; die Bundesregierung wäre zwar zur Steigerung dieses Reduzierungssatzes auf im Einzelfall bis zu 66% bereit gewesen, konnte sich jedoch gegenüber Japan und den USA nicht durchsetzen. Über diese Differenzen hätte sich im Jahre 1991 der Pariser Club "fast gespalten". Die Amerikaner hätten letztlich nur unter dem Vorbehalt zugestimmt, daß sie ihre Forderungen weiterhin zu Marktzinsen umschulden dürften. Dies bedeute eine noch größere Ungleichbehandlung der Gläubiger als schon bei den Toronto-Terms.

Das Trinidad-Modell sei inzwischen in 12 Fällen angewendet worden; jeden Monat kämen neue Länder hinzu. Insgesamt sei der Schuldendienst der betroffenen Länder auf diese Weise inzwischen von rund 3 Mrd. Dollar auf rund die Hälfte reduziert worden.

Graf Korff-Schmising bedauerte ausdrücklich, daß international kein höherer Erlaß-Prozentsatz durchsetzbar gewesen ist. Skeptisch bewertete er auch die Aussicht, eine solche Einigung in diesem Jahr beim Tokio-Gipfel zu erreichen. Er sah jedoch einen Hoffnungsschimmer darin, daß - gemäß der Trinidad-Bedingungen - nach drei Jahren der *gesamte* Schuldenstand umgeschuldet und entsprechend reduziert werden könne, um nicht Jahr für Jahr neu umschulden zu müssen. Diese Frist wird Ende 1994 ablaufen. Seine Hoffnung formulierte der Referent dahingehend, daß dann der Erlaß-Prozentsatz für einzelne Länder (z.B. Mozambique) deutlich über 50% angehoben werde.

Korff-Schmising verwies darauf, daß die Bundesregierung seit 1978 rund 9 Mrd. DM an Schulden aus der Entwicklungshilfe erlassen habe. Es gäbe freilich in Europa mehrere Gläubigerländer, die ihre Entwicklungshilfe entweder von vornherein in Form von Zuschüssen vergeben oder die ausstehenden Kredite nach einer gewissen Zeit erlassen haben.

Nach Ansicht des Referenten gibt es "keine umfassende Lösung des Verschuldungsproblems", weil die Verschuldungslage von Land zu Land enorm differiert. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Länder unterscheide sich ebenso stark wie ihre Verschuldungsbedingungen (Rückzahlungsfristen etc.). "Es wäre völlig sachwidrig, die Probleme eines Landes wie Brasilien so zu behandeln wie z.B. die Verschuldungsprobleme, die es in Pakistan oder Indien gibt." Es sei auch ein "Riesenunterschied", ob ein Land bei richtiger Wirtschaftspolitik eine Perspektive habe, mit seinen Schulden zu leben oder nicht.

Ein Schuldenerlaß, so Korff-Schmising, zerstöre die Kreditwürdigkeit auf Jahre. Diese Schattenseiten eines Schuldenerlasses zeigten sich z.B. auch bei Polen und Ägypten, denen 1991 aus politischen Gründen ein 50-%iger Erlaß gewährt wurde. Weder Polen noch Ägypten hätten seither neue staatliche oder private Kredite in wesentlichem Umfang erhalten. Es gebe eine Ländergruppe (Lateinamerika, einige Länder in Afrika und sicherlich in Asien), für die ein Schuldenerlaß einem sehr teuren Geschenk gleichkomme. Aus diesen Gründen habe z.B. Ungarn bislang keinen konzessionären Schuldenerlaß beantragt.

Trotz dieser Einschränkungen, so der Referent, wolle er jedoch keine Mißverständnisse darüber aufkommen lassen, daß er "vorbehaltlos" Schuldenerlasse von 66% oder auch "bis zu 80%" unterstütze, weil dies für Länder, die von vornherein solche Kredite nie hätten bekommen sollen, die "einzig vernünftige Regelung" sei.

Hier hätten die Gläubiger häufig einen Fehler gemacht, für den sie irgendwann einstehen müßten.

Auf Nachfrage erklärte Korff-Schmising, daß Fehler auf der Gläubigerseite sowohl von der öffentlichen Hand als auch von den Banken gemacht wurden. Was die zahlreichen Entwicklungsruinen betreffe, so habe der Fehler eindeutig bei den Geberregierungen gelegen; oft wurden Haushaltslöcher gestopft und nicht in produktive Projekte investiert. - Das Interesse der Bundesregierung an einer weitergehenden Schuldenstrategie ergebe sich vor allem aus außenwirtschaftlichen Erwägungen, die mit der Einbindung der Bundesrepublik in die Weltwirtschaft zu tun hätten. "Wir sind daran interessiert, daß die Beziehungen zu diesen Ländern geregelt sind, normalisiert sind, keine Störungen auftreten, die unsere entwicklungspolitische Zusammenarbeit beeinträchtigen." Leider sei es jedoch oft so, daß Länder, die den größten politischen Druck mobilisieren können, am besten behandelt werden.

Zur Behandlung der Forderungen der ehemaligen DDR (ca. 2,5 Mrd. DM) durch die Bundesregierung führte der Referent aus, daß diese - wie auch die UdSSR - bei ihrer Vergabepolitik oft dem Prinzip gefolgt sei: je schlechter die Bonität, desto mehr Kredite. Daher rühre die Konzentration der ausstehenden Kredite bei Ländern, die "absolut kreditunwürdig und auch zahlungsunfähig" seien (Nikaragua, Angola. Mozambique, Kuba). Im Falle Äthiopien seien kürzlich etwa 100 Mio. Dollar im Pariser Club um die Hälfte reduziert worden. In manchen Fällen (z.B. Nikaragua) sei die Bundesrepublik inzwischen zum dominierenden Gläubigerland geworden.

Gegenwärtig werde von der Bundesregierung geprüft, welche dieser Forderungen - über die 50% des Pariser Clubs hinaus - erlassen werden können und welche nicht. Bei Krediten im Zusammenhang mit Waffenlieferungen sprach sich Korff-Schmising für Forderungserlaß aus; bei Krediten für andere Lieferungen (z.B. öl oder pharmazeutische Erzeugnisse) könne man jedoch nicht davon ausgehen, daß es sich von vornherein um moralisch zweifelhafte Forderungen handele. Die Entscheidungen seien hier oft "nicht ganz leicht". - Im übrigen sei die Bundesregierung bereit, diese Forderungen mit Abschlag zu verkaufen, "um diese Forderungen loszuwerden".

Zur möglichen Ausweitung der Schuldenkonversion auf Handelskredite sagte Korff-Schmising, daß inzwischen bis zu 10% der ausstehenden Handelskredite zum Gegenstand sog. Swaps gemacht werden können. Für den FZ-Bereich habe das BMZ jetzt 50 Mio. DM pro Jahr für *Debt-for-Nature Swaps* zur Verfügung gestellt. Bei den Hermesschulden sei erstmals 1993 eine Ermächtigung im Bundeshaushalt eingestellt, die die Konversion von 10% der Handelsschulden erlaube.

Die Umsetzung stehe jedoch ganz am Anfang. Es gäbe jedoch Grenzen: Wenn man z.B. 60 Mio. "swappen" wolle, werde man Schwierigkeiten bekommen, die Forderung an den Mann zu bringen. Deshalb sei das Swap-Modell kein globaler Lösungsansatz.

Abschließend bemerkte Korff-Schmising, die dargestellten Veränderungen in der offiziellen Schuldenstrategie seien ganz sicher auch beeinflußt von der öffentlichen Schuldendiskussion, wie sie von den NRO in der Vergangenheit wesentlich mitbestimmt wurde. "Wenn ich das sagen darf: Sie waren schon sehr erfolgreich." Er könne sich daran erinnern, daß selbst Forderungen wie sie mit Toronto oder Trinidad verwirklicht wurden, in früheren Zeiten auch von der Bundesregierung *in toto* abgelehnt wurden. Der seither eingetretene Meinungswechsel sei sicher ein Erfolg der öffentlichen Diskussion, auch ein Erfolg der NRO-Arbeit.

2.2. Diskussion

Auf Nachfragen aus dem Plenum ging der Referent zunächst auf die Problematik der Rückzahlungsfähigkeit der Schuldnerländer ein. Auch hier sei nach Ländern zu differenzieren. Einige seien durchaus bereit, mit dem verbleibenden Schuldendienst fertig zu werden. Vor allem lateinamerikanische Länder hätten bewiesen, daß sie zur Erhöhung ihrer Exporte trotz aller Widrigkeiten im internationalen Handel in der Lage seien. In Afrika gäbe es in dieser Hinsicht hingegen nur ganz wenige Länder. Bei Ländern wie Madagaskar, Mali, Niger oder auch Senegal müßten wahrscheinlich nicht nur 50-60%, sondern bis zu 80% der Schulden gestrichen werden, wenn man eine endgültige Lösung des Schuldenproblems und ihnen wieder eine realistische Perspektive eröffnen wolle.

Was die neue Regierung in den USA betreffe, hoffe die Bundesregierung sehr, daß sie sich in Sachen Schuldenpolitik von ihren Vorgängern unterscheiden werde, es gäbe allerdings bisher keine Anzeichen in dieser Richtung. Im Gegenteil sei zu befürchten, daß man sich auch dort mehr und mehr auf die Schuldenprobleme Osteuropas konzentrieren werde.

Zur Frage, warum die Bundesregierung keinen Schuldenerlaß im Alleingang gewähre, bekräftige Korff-Schmising, es dürfe kein *bailing out* der Gläubiger geben, bei dem der Schuldner die Entlastung durch den einen Gläubiger nutzen könne, um den anderen Gläubiger zu bedienen. Dies könne man auch dem deutschen Steuerzahler nicht zumuten. Das derzeit praktizierte Verfahren stelle im übrigen auch für den Schuldner ein Maximum an Entlastung sicher. Theoretisch könne die Bundesregierung gleichwohl mehr tun. Doch damit würde

die Einbringlichkeit der Forderungen anderer Gläubigerländer verbessert werden. Die Einigung über die Trinidad-Terms mit ihren drei Optionen weise hier einen Schönheitsfehler auf, weil die USA kein Verzichtselement akzeptiert haben.

Das Londoner Schuldenabkommen von 1953 werde oft mißverständlich interpretiert, da es damals keine Schuldenkrise gab und es sich bei der jungen Bundesrepublik um einen Einzelfall handelte. Auch die Gefahr eines Präzedenzfalles habe deshalb nicht bestanden.

Natürlich könne ein Land nach einem Schuldenerlaß wieder kreditwürdiger werden, z.B. Mexiko, allerdings nur in Kombination mit einer "richtigen Wirtschaftspolitik". Bei Polen und Ägypten seien die Kapitalmärkte hingegen noch nicht wieder von deren Kreditwürdigkeit überzeugt.

Offizielle Reparationsforderungen seien aus der Dritten Welt bislang noch nicht an die Bundesregierung herangetragen worden und würden sicher auch abgelehnt werden.

Auch die Forderung nach einer internationalen Schuldenkonferenz lehnte der Referent ab, da ein "großes Palaver", wie es in der UNO üblich ist, nicht zu sachgerechten Ergebnissen führen könne. Auch das oft geforderte Schuldnerkartell sei aus guten Gründen bis heute nicht zustande gekommen. Lösungen seien nur auf der Basis des *case-to-case-Prinzips* möglich. Gleichwohl sei verwunderlich, daß die Schuldnerländer nicht mehr Erfahrungsaustausch und -absprachen untereinander praktizierten. Zum Teil würde das Schuldenmanagement in den Entwicklungsländern als Staatsgeheimnis behandelt werden. Selbst die engsten Mitarbeiter des Zentralbankchefs wüßten über die Funktionsweise des Pariser Clubs oft weniger als die Teilnehmer dieser Veranstaltung. Hier sollten die Schuldnerländer mehr Transparenz an den Tag legen und sich untereinander mehr austauschen.

Die Altschulden der früheren DDR seien in den überwiegenden Fällen kommerzielle Schulden. Es sei, so die persönliche Einschätzung des Referenten, nicht davon auszugehen, daß "wir jemals viel von diesen Forderungen wiedersehen".

3. Rückwirkungen der internationalen Schuldenkrise auf den Norden: Perspektiven für neue Strategien und Allianzen

3.1. Referat von *Susan George*, Stellvertretende Direktorin des *Transnational Institute*

Es sei besonders erfreulich, so bemerkte die Referentin einleitend, daß so viele zu diesem Treffen gekommen sind, da die Schuldenkrise tatsächlich von der offiziellen politischen Tagesordnung verschwunden sei. Dafür seien vor allem zwei Gründe verantwortlich:

Erstens hätten sich die Banken inzwischen in Sicherheit gebracht, nachdem sie zwischen 1982 und 1986 in einer sehr schwierigen Situation gewesen seien. Doch seither hätten die Banken rund 50 Mrd. Dollar an Ausgleichszahlungen von den Steuerzahlern des Nordens erhalten. Einst hielten sie 58% der Schulden der Dritten Welt; heute sind es nur noch 43%; nur noch 3% ihrer gesamten Außenstände seien heute noch Problemschulden der Dritten Welt. Zwischen 1982 und Ende 1991 hätten die Banken darüber hinaus 555 Mrd. Dollar an Rückzahlungen erhalten. In jeder Minute seien das 107.000 Dollar gewesen.

Zweitens leiden die Eliten der Dritten Welt nicht mehr besonders stark an den Schulden. In vielen Ländern haben sie sogar gewonnen. Wenn sie neue Kredite erhalten, dann bedeute das neue Gelegenheiten für die Kapitalflucht. Das meiste Vermögen der Eliten des Südens ist heute in harter Währung im Ausland angelegt; somit würden sie mit jeder Währungsabwertung zu Hause reicher. Auch die Arbeitskraft ist im Gefolge der Schuldenkrise viel billiger geworden. Zwar seien Kredite teurer geworden; doch die Strukturanpassung habe die Reallöhne in den Schuldnerländern nach unten gedrückt. Der öffentliche Dienstleistungssektor und die sozialen Sicherungssysteme sind heute entweder in einem schlechteren Zustand oder zerstört oder aber dem privaten Sektor überlassen worden. Unglücklicherweise seien diejenigen, die aus den niedrigen Löhnen Vorteile ziehen, nicht dieselben, die die Kosten der Schuldenkrise zu bezahlen haben.

Was ist vom Süden an den Norden während der letzten zehn Jahre wirklich bezahlt worden? Die Gesamtzahlungen seit 1982 beliefen sich auf 1.463.000.000.000 Dollar (1.463 Mrd.). Subsahara-Afrika, der Kontinent mit den ärmsten Ländern, habe in zehn Jahren trotz Toronto- und Trinidad-Terms und Pariser Club 114 Mrd. Dollar gezahlt. Das bedeute rund 1 Mrd. Dollar pro Monat oder 22.000 Dollar pro Minute. Daran zeige sich, wie erfolglos alle Schuldenerleichterungsmaßnahmen bis heute geblieben sind. Die

Schuldnerländer seien heute um 66% mehr verschuldet als 1982, Subsahara-Afrika sei Ende 1991 um 123%, die LDCs sogar um 158% mehr verschuldet.

Wenn man die seit 1982 feststellbaren Neuzuflüsse von Nord nach Süd dem geleisteten Schuldendienst (Profitrepatriierungen und unterbezahlte Rohstofflieferungen nicht mitgezählt) gegenüberstelle, komme man auf eine Differenz von 398 Mrd. Dollar, was etwa einer Größenordnung von fünf Marshallplänen entspricht. (Dies Zahlen beruhen auf den Angaben der Gläubigerländer, wie sie in die OECD-Statistik eingehen.)

Politisch müsse die Schuldenkrise jetzt als ein chronisches Krebsgeschwür und nicht mehr bloß als Krise betrachtet werden. Es handele sich um eine Art Krieg, der wahrscheinlich von den USA angeführt werde - sie spreche nicht von Verschwörung oder Komplott, aber es gebe eine *politische* Strategie hinter der Schuldenkrise, die nach den Kriterien von Clausewitz, wonach das Ziel eines Krieges darin bestehe, den Gegner gewaltsam dazu zu zwingen, das was der Angreifer will, zu tun, als Krieg zu werten sei.

Mit den Schulden könne man heute vieles von dem erreichen, wozu früher Territorien erobert wurden, z.B. umfangreiche Ressourcentransfers (siehe die Zahlen über den Nettoressourcentransfer von Süd nach Nord), sehr billige Rohstoffe (über die überall durch die Strukturanpassungspolitik erzwungene Exportorientierung), sehr günstige und billige Fabrikanlagen und anderes Produktivkapital (z.B. über die sog. *Debt-to-Equity-Swaps*). Alles dies finde ohne große Publizität statt, beeinträchtige aber die politischen Spielräume der Schuldnerländer enorm.

Susan George ging im folgenden auf die zentralen Thesen ihres neuen Buches[2] ein. Wenn wir wirklich etwas ändern wollten, müßten mehr Menschen überzeugt werden als die aktiven Kräfte der Zivilgesellschaft. Es gehe darum, den Menschen im Norden klar zu machen, daß eine andere Schuldenpolitik auch in ihrem eigenen Interesse liege. Deshalb trage ihr neues Buches den Titel "Der Schuldenbumerang", während sich ihr letztes Buch[3] mit den Auswirkungen der Schuldenkrise im Süden auseinandergesetzt habe. Die Grundthese laute, daß die Schuldenkrise nicht auf den Süden begrenzt werden könne, sondern in vielerlei Hinsicht auf den Norden zurückschlage.

---

2 Vgl. Susan George, Der Schuldenbumerang. Wie die Schulden der Dritten Welt und alle bedrohen, Reinbek bei Hamburg (rororo) 1993.

3 Vgl. Susan George, Sie sterben an unserem Geld. Die Verschuldung der Dritten Welt, Reinbek bei Hamburg (rororo) 1988.

Es gehe nicht darum, moralische und ethische Argumente zu entwerten, sondern die natürliche Mehrheit im Norden zu überzeugen. Die große Mehrheit der Bevölkerung in den Schuldnerländern habe mit der großen Mehrheit in den Gläuberländern ein gemeinsames Interesse, die Schuldenkrise zu überwinden. In diesem Sinne sieht Susan George sechs Bumerangs:

1. **Die Umweltzerstörung:** Es gebe erstaunliche Zusammenhänge zwischen Verschuldung und Regenwaldzerstörung. Die zehn größten Schuldnerländer in der Dritten Welt seien zugleich die zehn Länder mit der stärksten Regenwaldzerstörung, denn sie verkaufen ihre Wälder, um die Schulden zu bezahlen. Die Regenwaldzerstörung trage heute zu einem Fünftel zum Treibhauseffekt bei; gleichzeitig sei sie einer der Hauptgründe für den Verlust an Artenvielfalt. Nicht daß die Verschuldung die einzige Ursache der Verschuldung sei, aber die Lösung der Schuldenkrise sei eine notwendige, wenn auch nicht hinlängliche Bedingung für die Lösung der Umweltprobleme.

2. **Der Drogenhandel:** Peru, Bolivien und Kolumbien, drei wichtige und hochverschuldete andine Ökonomien, könnten nicht überleben und den erforderlichen Schuldendienst leisten, würden sie nicht mit dem Drogenhandel signifikante Exporteinkommen erzielen. Seit Ausbruch der Schuldenkrise seien die Flächen für den Koka-Anbau enorm ausgedehnt worden. Man könne davon ausgehen, daß Europa hinsichtlich des Drogenhandels heute da ist, wo die Vereinigten Staaten vor acht Jahren waren. Europa sei heute der große Markt, während der US-Markt mehr oder weniger gesättigt sei. Schwerverbrechen hatten in den USA in den letzten sechs bis sieben Jahren eine Wachstumsrate von 10% pro Jahr. Dem FBI zufolge hätten die meisten dieser Verbrechen in der einen oder anderen Weise mit dem Drogenhandel zu tun. Es gebe viele Anzeichen dafür, daß dasselbe derzeit in Europa passiert.

3. **Die Opfer der Steuerzahler für die Banken:** Deutschland sei hier ein extrem interessanter Fall. Es habe extrem liberale Steuergesetze für die Banken. Alle nördliche Länder außer Japan und Belgien stunden den Banken Steuern, wenn sie Dritte-Welt-Kredite abschreiben, auch wenn sie diese Wertberichtigungen nicht an die Schuldnerländer weiterreichen. In Deutschland hätten die Banken auf diese Weise aber mehr Steuern gespart als in allen anderen Gläubigerländern. Schätzungsweise 50-85% der Problemkredite an die Dritte Welt seien von den deutschen Banken inzwischen auf diese Weise abgeschrieben worden.

(Einem Einwurf von Graf Korff-Schmising zufolge sind die deutschen Banken jedoch keineswegs frei, über die Höhe ihrer Rückstellungen aus eigenem Gutdünken zu entscheiden; dies müsse vielmehr mit den

Finanzämtern vereinbart werden. Derartige Übereinkünfte seien freilich vertraulich. Bei den gewährten Steuererleichterungen handele es sich um einen Aufschub; nehme das Gläubigerland seine Zahlungen wieder auf, müßten selbstverständlich auch wieder Steuern gezahlt werden. - Der Widerspruch zwischen den faktisch erhaltenen Steuererleichterungen und der faktischen Fortsetzung der Schuldendienstzahlungen durch die Schuldnerländer blieb ungeklärt; ebenso der Einwand aus dem Plenum, daß die Entscheidung darüber, wieviele ausstehende Kredite notleidend seien, in der Praxis sehr wohl von den Banken getroffen werde, auch wenn diese sich mit den Finanzbehörden absprechen müßten.)

4. **Der Verlust von Arbeitsplätzen infolge verlorener Exportmärkte:** Allein Europa habe seit 1982, bedingt durch den Ausbruch der Schuldenkrise, ca. 170 Mrd. Dollar an Exporteinnahmen verloren, was rund einer dreiviertel Million Arbeitsplätzen entspreche. In den USA sei der Verlust von Arbeitsplätzen im industriellen Sektor noch gravierender.

5. **Der Einwanderungsdruck:** Legale und illegale Einwanderung sei so lange ein absolut normales Phänomen wie die Betroffenen kein menschenwürdiges Auskommen in den Herkunftsländern hätten. Auch hier sei die Lösung der Schuldenkrise keine hinreichende Bedingung für die Beseitigung der Probleme, aber eine notwendige Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben im Süden.

6. **Die Zunahme von Kriegen und Konflikten:** Auch hier gebe es eine enge Korrelation mit der Schuldensituation. Der Golfkrieg habe auch etwas mit der hohen Verschuldung des Irak zu tun gehabt; die Einverleibung Kuwaits wäre gleichbedeutend mit der Löschung von 12 Mrd. Dollar Schulden gewesen.

Die Schuldenbumerang-Kampagne sei ein Angebot auch für Gruppen in Deutschland. Im Kern gehe es um die Bildung neuer Koalitionen um die Schuldenproblematik, z.B. mit Umweltgruppen, mit Gruppierungen, die zum Thema Drogen arbeiten, mit Gewerkschaften, die sich um die Arbeitsplätze sorgen, auch mit aufgeklärten Industriellen, die um ihre Exportmärkte fürchten, und nicht zuletzt mit Ausländer- und Asylorganisationen und der Friedensbewegung.

3.2. Diskussion

Nachfragen aus dem Plenum kreisten vor allem darum, ob der Bumerang-Ansatz nicht dazu tendiere, die gemeinsamen Interessen zu idealisieren. Natürlich sei es oft nicht möglich, so die Referentin, einen unmittelbaren und direkten Zusammenhang zwischen der

Schuldenkrise und der Arbeitsplatzentwicklung herzustellen; aber bezahlt werden müsse doch: Im industriellen Sektor der USA beispielsweise seien vor Jahren noch Löhne von 12-13 Dollar die Stunde üblich gewesen. Diesselben Leute könnten heute glücklich sein, wenn sie 5-6 Dollar pro Stunde in den neu entstandenen Dienstleistungssektoren bekämen. Zwischen 1969 und 1981 seien die US-Exporte in Entwicklungsländer pro Jahr durchschnittlich um 8,8% gewachsen; zwischen 1982 und 1988 waren es dagegen minus 1,2%. Niedriglöhne seien auf längere Sicht immer eine Bedrohung für hohe Löhne anderswo.

Auch sei fraglich, so ein weiterer Teilnehmer, wo denn - selbst wenn die Schuldenkrise gelöst werden könne - überhaupt noch so etwas wie eine Entwicklungsperspektive für die Dritte Welt zu erkennen sei. Sie verwende, so Susan George, selbst das Wort "Entwicklung" nicht mehr gerne. Die Tendenz gehe dahin, zwei Drittel der Menschheit von jeglicher Entwicklung, die den Namen verdient, auszuschließen. Das System biete diesen zwei Dritteln keinerlei Perspektive mehr.

4. Theoretische und praktische Probleme der politischen Konditionierung von Schuldenerlaß durch Gegenwertfonds: Die Schweizer Erfahrungen

4.1. Referat von *Alfred Gugler*, Leiter der Entschuldungsstelle der Schweizer Hilfswerke

Der Redner ging zunächst auf die Vorgeschichte des Schweizer "Entschuldungsmodells"[4] ein, wobei er betonte, daß angesichts der Größenordnung des Gesamtproblems von der Schweiz höchstens eine Signalwirkung erwartet werden könne: 1990 reichten sechs große Schweizer Entwicklungsorganisationen eine von 250.000 Personen unterzeichnete Petition für einen Schuldenerlaß-Fonds in Höhe von 700 Mio. Schweizer Franken ein. Ein knappes Jahr später bewilligte das helvetische Parlament tatsächlich einen "Jubiläumsbeitrag" (angesichts des 700. Jahrestags der Eidgenossenschaft) in der geforderten Höhe. Allerdings: Für Entschuldungsmaßnahmen sind nur 400 Mio. vorgesehen, der Rest ist für Umweltprogramme reserviert.

Die 400 Mio. sollten für bilaterale wie multilaterale Entschuldungsaktionen verwendet werden. Die Schweizer Regierung schätze, daß mit den Geldern Schulden im Umfang von 2-2,5 Mrd. sFr. getilgt werden können. Das Entschuldungskonzept des in dieser Sache feder-

4 Für die Wiedergabe wurde neben dem Tonbandmitschnitt auch ein Beitrag des Redners im Informationsbrief WELTWIRTSCHAFT & ENTWICKLUNG (Nr. 12/92) genutzt.

führenden Bundesamts für Außenwirtschaft (BAWI) trage der Tatsache Rechnung, daß wir es mit verschiedenen Schuldenkategorien zu tun haben, die mit spezifischen Instrumenten angegangen werden müssen. Es sind daher vier verschiedene Maßnahmen vorgesehen:

1. Zunächst einmal soll ein Teil der 400 Mio. für den Ankauf von **kommerziellen Bankforderungen** mit einem möglichst großen Abschlag verwendet werden. Solche Aufkäufe können direkt von der Schweiz oder im Rahmen von international koordinierten Entschuldungsaktionen - unter der Ägide der Weltbank-Tochter IDA - durchgeführt werden.

2. Die zweite Maßnahme betrifft **staatliche verbürgte Exportkredite**. Hier werden Mittel aus dem Rahmenkredit eingesetzt, um den nichtgarantierten Teil ("Selbstbehalt") - durchschnittlich rund 30% des Gesamtkredits - von Schweizer Exporteuren zurückzukaufen, und zwar ebenfalls zum Marktwert. Der Garantieanteil (die restlichen 70%) im Besitz der Exportrisikogarantie (entspricht der deutschen Hermes) kann aufgrund einer Gesetzesänderung, die auf Druck der Entwicklungsorganisationen 1990 zustande kam, direkt erlassen werden. Es braucht dafür keine zusätzlichen Gelder.

3. werden Mittel aus dem Rahmenkredit verwendet, um **Zahlungsrückstände** ärmerer Länder gegenüber IWF, Weltbank und regionalen Entwicklungsbanken abzubauen.

4. Schließlich wird Neugeld im Umfang von rund 100 Mio. sFr. zur Verfügung gestellt. Dies aus der Einsicht heraus, daß eine Entschuldungsaktion von der Zufuhr zusätzlicher Mittel begleitet werden sollte. Dieses Geld wird in Form **technischer Unterstützung** bei der Vorbereitung und Abwicklung von Schuldenrückkäufen und als **Zahlungsbilanzhilfe** eingesetzt.

Grundsätzlich kommen für diese Entschuldungsaktion drei Ländergruppen in Frage. Die erste Gruppe sind die sog. Toronto-Länder (rund 20 hochverschuldete Länder mit niedrigem Einkommen). Die zweite Gruppe umfaßt rund ein Dutzend weitere Staaten, die zu den Schwerpunktländern der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit gehören (z.B. Ecuador, Kamerun, Philippinen). Und die dritte Kategorie schließt alle ärmsten Länder (LLDCs) ein.

Im Prinzip, führte Gugler aus, verlaufe das Schweizer Modell in drei Schritten. In einem ersten Schritt gehe es um den Aufkauf der Schuldtitel. Zweitens müßte dann ein Vertrag mit dem Schuldnerland geschlossen werden, wobei die Schweizer Regierung, speziell das Amt für Außenwirtschaft, der Vertragspartner sei. In einem dritten Schritt gehe es dann um die Umsetzung des Schuldenerlasses in Form

der Bildung von Gegenwertfonds; auf dieser Ebene erst seien die NROs gefordert. Inzwischen seien Verhandlungen mit 10 Schuldnerländer geführt worden. Kurz vor dem Abschluß stehe ein Vertrag mit Bolivien. Von NRO-Seite habe es bislang nur Vorabklärungen gegeben, etwa mit Togo und Kamerun; konkrete Projektvorschläge seien für drei Länder entwickelt worden, z.B. für Sambia (ländliche Entwicklung) und Guinea (Trinkwasserversorgung).

Im Bereich der kommerziellen Bankforderungen beteiligte sich die Schweiz bisher an zwei von der IDA koordinierten Schulden-Rückkaufaktionen. Im Falle Nigers konnten die gesamten Bankschulden von rund 130 Mio. Dollar zu 18% ihres Nennwerts zurückgekauft werden. Bei Mozambique gelang es lediglich, rund zwei Drittel der kommerziellen Schulden zu tilgen. Zusätzlich hat die Schweiz der IDA 20 Mio. sFr. für ähnliche Aktionen in anderen Ländern zur Verfügung gestellt.

Ein im Dezember 1991 gestarteter Versuch, den Schweizer Banken Guthaben gegenüber rund 15 hochverschuldeten Ländern abzukaufen, entpuppte sich als Schlag ins Wasser. Keine der Schweizer Großbanken war bereit, ihre Forderungen zum vom BAWI angebotenen Sekundärmarktpreis zu verkaufen. Verschiedene Gründe wurden von den Bankern für ihr Abseitsstehen genannt: eigenes *trading*, niedrige Preise, die Absicht, mit den jeweiligen Ländern im Geschäft zu bleiben.

Einen vollen Erfolg konnte die Bundesverwaltung dann aber mit der im März 1992 durchgeführten Aktion zum Rückkauf des "Selbstbehalts" von staatlich verbürgten Exportkrediten verbuchen. Nahezu 100% der Forderungen von Schweizer Lieferanten gegenüber 22 Ländern konnten zu durchschnittlich 19% des Nominalwerts zurückgekauft werden. Zusammen mit dem Garantieanteil der Exportrisikogarantie können somit über 1,1 Mrd. sFr. erlassen werden. Diese Übung kostete den Bund knapp 60 Mio. sFr..

Um den Entschuldungseffekt zu erhöhen und eine größere "Masse" in die Entschuldungsverhandlungen mit den Ländern des Südens einbringen zu können, wird das BAWI für einige Länder gezielt auf dem internationalen Markt Bankforderungen zurückkaufen. Ab Anfang 1993 werden dann die dergestalt geschnürten "Gesamtpakete" verhandelt. Dabei wird es auch um die teilweise Umwandlung von Schulden in Lokalwährung (Gegenwertfonds) gehen.

Die bisherigen Erfahrungen und Abklärungen - die Hilfswerke haben zur Umsetzung des Gegenwertfonds-Konzepts eine Dienststelle geschaffen - zeigen, daß bei der Verwendung von Gegenwertmitteln größtmögliche Flexibilität angezeigt ist. Der Idealtypus des breit

abgestützten, institutionalisierten Gegenwertfonds wird wohl nur in einer kleinen Zahl von Ländern realisiert werden können. Deshalb muß für die Verhandlungen mit den Schuldnerländern eine breite Palette von Optionen vorgesehen werden. Die Varianten reichen vom eigenständigen NGO-Gegenwertfonds (z.B. in Gestalt eines Garantie- oder Kreditfonds) über den parastaatlichen Sozialfonds oder direkte Projektfinanzierungen bis hin zur Budgethilfe oder zur Tilgung der Regierungsschulden gegenüber dem Bankensektor.

Die Abklärungen der Entschuldungsstelle in mehreren Ländern haben verschiedene Beschränkungen bei der Umsetzung des Konzepts der kreativen Entschuldung zu Tage treten lassen:

Auf der ***makroökonomischen Ebene***: Zahlreiche ärmere Länder bedienen ihre Außenschuld nur noch teilweise oder gar nicht mehr. In diesen Fällen setzt eine teilweise Schuldenstreichung keine oder nur wenig Budgetmittel frei, die für Gegenwertfondszahlungen eingesetzt werden könnten. Der Staat müßte das Geld auf inflationäre Weise über die Notenpresse bereitstellen oder auf andere Staatsausgaben verzichten. Darum gibt es nur eine vertretbare Lösung: Die Forderung nach Gegenwertfonds muß so weit reduziert werden, daß der Staatshaushalt dadurch nicht zusätzlich belastet wird.

Auf der *politischen Ebene*: Einige Regierungen werden kaum bereit sein, die Lokalwährung an NROs auszuzahlen, ohne ein Mitspracherecht bei der Verwendung der Gelder zu beanspruchen. Damit ist potentiell die Gefahr eines Autonomieverlusts verbunden. Ein weiteres Problem ist die zur Zeit in vielen afrikanischen Ländern herrschende politische Instabilität und Unsicherheit, z.B. in Togo oder Madagaskar. Sie erschwert Verhandlungen über Schuldenreduktion und Gegenwertfonds. Hinzu komme, daß die Schweizer Regierung jetzt zusätzlich *good governance*-Kriterien zur Voraussetzung für Entschuldungsabkommen erhoben habe.

Im *institutionellen Bereich*: Hier liegen die Schwierigkeiten darin, daß es in einer Reihe von Ländern - namentlich in kleinen afrikanischen Staaten - nur wenige oder kleine leistungsfähigen, gefestigten NGOs oder Netzwerke gibt, welche gegenüber dem Staat als Verhandlungspartner auftreten und als Verwalter von Gegenwertfonds fungieren könnten. Verschiedentlich, so auf den Philippinen, lehnten bestehende Netzwerke die Verwaltung von Gegenwertmittel wie die Zusammenarbeit mit einer bestehenden Regierung auch generell ab. In einer solchen Situation bieten sich als mögliche Wege eine langfristige institutionalisierte Aufbauarbeit oder aber die Zusammenarbeit mit einer internationalen Organisation (z.B. UNICEF) an.

Die Chancen des Modells der "kreativen Entschuldung" resümierte der Referent wie folgt: Wenn es gelänge, wirklich funktionierende Kapitalfonds in den Schuldnerländern aufzubauen, dann könne daraus ein innovatives Finanzierungsinstrument zur institutionellen Stärkung der NROs vor Ort werden. Mit solchen Fonds könne eine nachhaltige Wirkung verbunden sein, da sie als revolvierende Fonds dauerhaft Maßnahmen finanzieren könnten. Allerdings müßte das Geld inflationsgeschützt angelegt werden.

Gugler nannte abschließend sechs Konsequenzen für die Debatte um die Konditionierung von Schuldenerlassen, die sich aus der Schweizer Erfahrung gewinnen lassen:

1. In jedem Falle sei der Prozeß der Entschuldung komplex und vielschichtig.

2. Aufgrund der großen Unterschiede der Situation in den Schuldnerländern sei ein länderspezifisches Vorgehen erforderlich.

3. Das Instrument der Gegenwertfonds könne nicht isoliert betrachtet werden, sondern müsse in eine breiter angelegte Entschuldungskampagne eingebettet werden.

4. Generell sei es erforderlich, genauere Kosten-Nutzen-Analysen bei den einzelnen Entschuldungsaktionen anzustellen, da der Aufwand, den NROs erbringen müßten, erheblich sei.

5. NROs könnten immer nur eine beschränkte Rolle spielen, da die entscheidenden Verhandlungspartner die beiteiligten Staaten bzw. Regierungen seien.

6. Das Engagement der Hilfswerke beinhalte zahlreiche Risiken. Es erfordere nicht nur finanziellen und personellen Aufwand, sondern eine große Ausdauer, wobei der erwartete Mittelfluß keineswegs gesichert sei.

4.2. Diskussion

Zur Frage, ob nicht über Gegenwertfonds auch illegitimer politischer Einfluß genommen werden könne, erklärte Gugler, daß die Gefahr einer politischen Einflußnahme auf diesem Wege generell, schon wegen des geringen Finanzvolumens, sehr gering sei. Gegenwertfonds seien eine entwicklungspolitische Konditionalität, die die von IWF und Weltbank vorgegebenen makroökonomischen Grundlinien nur sehr wenig oder überhaupt nicht beeinflussen könnten. Möglicherweise sei dies bei großen Gläubigerländern anders. Aber

bei Schweiz gehe es durchschnittlich um 0,5% der Gesamtverschuldung.

Kernidee des Gegenwertmodells, so verdeutlichte Gugler nochmals, sei die Förderung der Autonomie der NROs vor Ort. Dies schließe auch die Entscheidung über die Verwendung der auf diesem Weg aufgebrachten Mittel ein. Auch kleinere Basisorganisationen seien hier im Idealfall in der Lage, von unten an den neuen Finanzmitteln partizipieren, selbst wenn sie nicht in der Lage sind, die Mittel eigenständig zu verwalten.

Das *good-governance*-Konzept sei generell sehr schwammig und von der Schweizer Regierung bisher noch nicht operationalisiert worden.

5. Abschließende Diskussion über mögliche Handlungsansätze

In der Schlußdiskussion skizzierte *Thomas Fues* (WEED) noch einmal verschiedene Zugänge, die sich in der nächsten Zeit zur Arbeit am Schuldenthema anbieten. Er verwies zunächst auf das jetzt ins Leben gerufene informelle Netzwerk Schuldenkrise, das für alle Interessierten offen sei und sich als ein loser Kreis verstehe, in dem Kampagnen und einzelne Aktionen koordiniert werden könnten. - Das von WEED im Entwurf vorgelegte NRO-Memorandum verstehe er als Versuch, Anstrengungen mit Blick auf den nächsten Wirtschaftsgipfel der Gruppe der 7 in Tokio zusammenzufassen. Alle Anwesenden seien aufgefordert, zu dem Text Stellung zu nehmen und darüber hinaus über den Stand anderer lokaler oder regionaler Initiativen zu berichten.

Roland Pfeiffer (Kampagne "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen", Idstein) unterstützte den vorgelegten Memorandumstext.

Jörg Siebert (Misereor) stellte die Initiative "Entwicklung braucht Entschuldung" vor. Im Vorfeld der Jahreshauptversammlung der Deutschen Bank soll am 11. Mai unter diesem Motto eine Großanzeige in der FAZ geschaltet werden, die den 30. Jahrestag des Londoner Schuldenabkommens als Aufhänger nimmt. Der Text liege inzwischen vor.

Für den Herbst ist ein größeres Symposium in Frankfurt in der Planung, auf dem Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft mit den Forderungen der NROs zum Schuldenthema konfrontiert werden sollen.

Saral Sarkar (Leben und Umwelt im Verkehr - LUV) äußerte sich sehr skeptisch gegenüber der Idee eines konditionierten Schuldenerlasses; gut gemeinte Dinge könnten durch Übertreibung auch kontraproduktiv werden.

Gisela Rubbert (Nord-Süd-Kommission Pax Christi) stimmte dem Memo-Entwurf grundsätzlich zu und begrüßte insbesondere, daß zur Konditionalitätsproblematik beide Argumentationsansätze erwähnt werden.

Der *Vertreter der IPPNW* (Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs) berichtete, daß die Ärzte-Vereinigung dabei sei, Nord-Süd-Fragen in ihre Arbeit mit einzubeziehen. So habe sich kürzlich ein IPPNW-Arbeitskreis Süd-Nord gegründet. Er bezeichnete die Idee des Memos als gut und wünschenswert und regte an, den zugrundeliegenden Schuldenbegriff zu präzisieren (Wer schuldet eigentlich wem etwas?), einen eigenen Abschnitt zum Zusammenhang Konflikte und Verschuldung ebenso aufzunehmen wie eigenständig formulierte Forderungen an die Kirchen (als Institution) und die Parteien. Die dem Gegenwertfonds-Modell zugrundeliegende Problematik müsse deutlicher formuliert werden.

Sigrid Müller (Koordinierungskreis Mosambik) sprach sich grundsätzlich für das Memo aus. Sie berichtete von der Kampagne Frieden, Versöhnung und Wiederaufbau in Mozambique, die der Koordinierungskreis durchführt. Von exemplarischer Bedeutung sei die Forderung nach einem Erlaß der alten DDR-Schulden gegenüber Mozambique, da dies möglicherweise zum Präzedenzfall für andere Schuldnerländer werden könne.

Klaus Milke (Germanwatch) betonte, daß das erwähnte "Netzwerk" ein Initiativkreis sei, der lediglich informellen Charakter trage. Es müsse genauer diskutiert werden, welchen Stellenwert das Memo innerhalb einer breiteren Schuldenkampagne bekommen könne. So sei es unter Umständen wünschenswert, hauptsächlich die Bundesregierung zum Adressaten der Forderungen zu machen.

Wolfgang Lippel (VEN Niedersachsen) plädierte für einen unkonditionierten Schuldenerlaß. Das Memo sei notwendig, um die Diskussion um die Schuldenkrise neu zu beleben. Dabei solle man jedoch nicht hinter den Forderungsstand von 1988 zurückfallen.

Auch *Susanne Dengler* (Juso-Bundesvorstand) begrüßte die Memo-Idee, vorbehaltlich der Zustimmung durch ihren Bundesvorstand. Die Jusos würden mit einem solchen Dokument gerne auch mit Blick auf ein für Juli geplantes internationales Jugendfestival arbeiten.

Birgit Dederichs-Bain (Deutsche Welthungerhilfe) plädierte dafür, die Diskussion über Konditionalität im Zusammenhang mit der Debatte um die Kohärenz der deutschen Politik gegenüber dem Süden zu führen. Unter Umständen erübrige sich dann die Notwendigkeit zu einer expliziten Konditionalität. Sie begrüßte die Memo-Initiative, sprach sich jedoch für eine Überarbeitung des Textes aus, bei der auch auf andere NRO-Stellungnahmen aus der letzten Zeit Bezug genommen werden solle.

Claus J. Braun (Amt für Mission und Ökumene der EKHN) verwies auf den Dialog der EKHN über das Schuldenthema mit Partnern in Tansania. Er unterstrich die Bedeutung, die die Verwendung von Bumerang-Argumenten für die Arbeit am Schuldenthema im Norden habe.

Christel Zgaga (Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag) informierte über zwei Gesetzesentwürfe, die von ihrer Bundestagsgruppe derzeit vorbereitet werden: Der erste widme sich der Abschnreibungsproblematik im Zusammenhang mit der Wertberichtigung von Bankenforderungen, der zweite der Entwicklung ökologischer Prüfkriterien für die Hermesversicherung.

Volker Kasch (Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe) meldete in Bezug auf das Memo substantiellen Überarbeitungsbedarf an. Dabei solle dem differenzierten Diskussionsstand unter NROs, z.B. hinsichtlich der inzwischen auf den Weg gebrachten dritten Generation der Strukturanpassungsprogramme, Rechnung getragen werden.

Günter Bruder (Katholische Arbeitnehmerbewegung - KAB) verwies auf eine von seiner Organisation erstellte Werkmappe zur Schuldenkrise am Beispiel Peru. Er plädierte dafür, den Abschnitt zur Konditionalität zu konkretisieren. Das Bumerangthema sei für die KAB-Arbeit zur Lage der Arbeitnehmer innerhalb der Multis von großem Wert.

Olaf Dierker (Urgewald e.V.) betonte den begrenzten Anspruch, den das Memo aus seiner Sicht verfolge. Als Adressat käme vorrangig die Bundesregierung in Betracht. Es solle ein Zusatz formuliert werden, der die Rolle der Multilateralen Entwicklungsbanken deutlich macht.

Ilse Braun (Projektgruppe Frauen gegen Apartheid Rheinland) plädierte dafür, das Memo nicht zu überfrachten.

Nach Ansicht von *Harry Neyer* (Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung - GKKE) sei es zu begrüßen, wenn das Memo zustande käme,

da NROs in der Vergangenheit nur allzu oft nicht mit einer Stimme gesprochen hätten.

Hans Häußler (Misereor-Arbeitsstelle München) berichtete von einem geplanten Dialog mit Banken-Vertretern in München, vor allem mit der Bayerischen Vereinsbank. Auch bei solchen regionalen Aktivitäten könnten die Forderungen des Memos nützlich sein.

Alfred Gugler bemerkte in seinem Schlußwort, daß es wahrscheinlich in einem so bunten Spektrum, wie es in der Bundesrepublik existiere, wahrscheinlich viel schwieriger sei, einen Konsens zu finden, als in der Schweiz. Er betonte im Zusammenhang mit dem Memo, wie wichtig es sei, sich über die Zielgruppe Klarheit zu verschaffen. Wenn die Bundesregierung und das Parlament die Zielgruppe ist, könne man schon ausführlicher argumentieren, z.B. in Bezug auf die notwendigen Gesetzesveränderungen. Wichtig sei wohl mehr Pragmatismus bei der Erarbeitung solcher Dokumente und beim Umgang damit.

Susan George zeigte sich beeindruckt von der Vielfalt der vorgestellten Initiativen und warnte vor ideologischen Haarspaltereien. Grundsätzlich seien unser aller Ziele die gleichen. Inzwischen sei es notwendig, die Argumente der Ethik und der Solidarität auch durch Hinweise auf materielle Interessen der Menschen im Norden zu ergänzen. Auch sie betonte die Notwendigkeit, pragmatisch vorzugehen und auch Fall-zu-Fall-Koalitionen zuzulassen. Sie sei heute noch betroffen, wie viele Diskussionen sie seit 1988 mit ihrem Vorschlag einer alternativen Konditionalität ausgelöst habe. Dies sei sehr oft falsch verstanden worden und habe Spaltungstendenzen verstärkt. Genau das Gegenteil werde jedoch gebraucht. Im Grunde gehe es ihr nur darum, zu sagen: Laßt uns die Schulden nutzen, um den Menschen zu helfen, und lassen wir nicht zu, daß damit Menschen getötet werden! Wem dieser Ansatz nicht gefalle, brauche ihn nicht zu nutzen. In einem Fall wie Mozambique könne man der Regierung selbstverständlich direkt die Schulden erlassen. Warum sollte man hier dieses ganze NGO-Business brauchen? - Was hier in der Bundesrepublik offensichtlich vor allem erforderlich sei, sei die effektive Bündelung der vielfältigsten Initiativen, die es schon gibt.

Abschließend bedankte sich *Thomas Fues* im Namen der Veranstalter für die lebhafte Diskussion. Er wies nochmals auf die - auch zeitliche - Begrenztheit des Memo-Projektes hin, das sich als *ein* Element verstehe, die Einflußnahme in Sachen Schuldenkrise zu verstärken. Er plädierte dafür, mit Blick auf den Weltwirtschaftsgipfel eine Überarbeitung des Memos vorzunehmen und sich dabei auf die Bundesregierung und das Parlament als Zielgruppen zu konzen-

trieren. Die Bankenfrage könne hier mit einfließen, nicht im Sinne von moralischen Appellen, sondern im Sinne der Notwendigkeit neuer politischer Rahmenbedingungen für das Handeln der Banken in der Schuldenkrise. Eine solch überarbeitete Version des Memorandums werde WEED bis zum nächsten Treffen des Initiativkreises Schuldenkrise (am 21. April) vorlegen. Er bat darum, Vorschläge, auch in schriftlicher Form, die dabei Berücksichtigung finden sollen, an ihn heranzutragen.

WELTWIRTSCHAFT, ÖKOLOGIE & ENTWICKLUNG e.V. (WEED)
(In Zusammenarbeit mit dem Transnational Institute,Amsterdam)

Liste der TeilnehmerInnen am Strategieseminar zur Schuldenkrise am 15.März 1993

Karin Adelmann	epd-Entw.
Gregor Böckermann	IOF
Jörg Brandes	VEHEMENT
Pfarrer Claus J.Braun	Amt für Mission und Ökumene der EKHN.
Ilse Braun	Projektgruppe Frauen gegen Apartheid Rheinland
Günther Bruder	KAB
Birgit Dederichs-Bain	Deutsche Welthungerhife
Susanne Dengler	Juso-Bundesverband
Olaf Dierker	URGEWALD
Andreas Dohrn	ESG-Geschäftsstelle Köln
Walter Eberlei	Kindernothilfe
Christoph Erdmenger	Bundesgeschäftsstelle der Grünen
Rainer Falk	WEED
Thomas Fues	WEED
Dr.Dietrich Garlichs	Deutsches Komitee für UNICEF
Silvia Geissbauer	Third World First, Oxford
Susan George	Transnational Institute (TNI), Amsterdam
Viktor Grapentin	VEM
Alfred Gugler	Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke Bern
Hans Häußler	Misereor
Lucia Hillebrand	Vamos e.V.
Jochen Hipler	TNI, Amsterdam
Alfons Ludwig Ims	Germanwatch
Wolfgang Jungheim	Jugendbegegnungsstätte Kloster Arnstein
Gregor Kerber	Eine-Welt-Gruppe St.Bonifaz, Heidelberg
Manuela Kikillus	Deutsches Komitee für UNICEF
Dirk Klimkeit	
Claus Körling	
Graf Korff-Schmising	Deutsche Delegation Pariser Club
Volker Korsch	IEZE
Christoph Krämer	IPPNW-Arbeitskreis "Süd-Nord"
Manfred Kulessa	GKKE
Dr.Martin G.Kupsch	Evangelisch-Methodistische Kirche
Wolfgang Lippel	Landes-AG Internationalismus der nds. Grünen
Jürgen Maier	
Jens Martens	WEED
Henry Mathews	Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre
Heike Michelsen	AK Entwicklungspolitik
Klaus Milke	Germanwatch
Dr. Hans-Christian Mittag	Naturschutzbund Deutschland
Pedro Morazán	SÜDWIND
Sigrid Müller	Koordinierungskreis Mosambik
Harry Neyer	Justitia et Pax
Dr. Rolf Niemann	Deutscher Volkshochschul-Verband
Doris Peschke	KED d.EKHN
Roland Pfeiffer	Kampagne gegen Rüstungsexporte e.V.
Maike Rademaker	URGEWALD
Wolf-Christian Ramm	terre des hommes
Roland Röscheisen	SPD-Parteivorstand Nord-Süd-Referat
Clemens Roll	5%-Gruppe Heidelberg
Gisela Rubbert	Nord-Süd-Kommission Pax Christi

Lilo Saib	Internationales Arbeiter-Hilfswerk
Saral Sarkar	LUV
Udo Schlüter	Vamos e.V.
Heinz-Peter Schneider	Arbeitsgemeinschaft der 3.Welt-Läden
Jörg Siebert	BH Misereor
Andreas Spangemacher	AK Entwicklung und Frieden Aachen-Forst
Apostolos Tsalastras	Jusos Niederrhein
Mercè Viader	WEED
Andreas Voget	GfW
Reinhard Weber	Südwind
Gottfried Wellmer	
KKM	
Jörg Wiedemann	5%-Gruppe Heidelberg
Gernot Wirth	Informationsstelle Lateinamerika
Christel Zgaga	Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag